

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

5.7.1870 (No. 153)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 153.

Ercheint täglich (Sonntag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 kr.; durch die Post be-
tragen 1 fl. 38 kr. vierteljährlich.

Dienstag, 5. Juli

Insertionsgebühr
die gespaltene Zeile oder deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

+ Was ist die katholische Volkspartei.

Aus kleinen Anfängen hat sich in diesem Lande eine große Partei herangebildet, welche bereits im Stande ist, auf allen Lebensgebieten dem Despotismus der kleinen, aber mächtigen nationalliberalen Partei die Stirne zu zeigen. Diese große Partei heißt die katholische Volkspartei.

Die kathol. Volkspartei hat die Namen ihrer Führer und ein ausführliches Programm veröffentlicht, sie hält Volksversammlungen, sie hat ihre Abgeordneten im Landtage und Zollparlamente — dessenungeachtet aber erscheint sie noch vielfach dem städtischen Philister als ein fremdartiges Gespenst, vor dem man sich fürchten muß, wie ein Kind, und das Einem zum Wenigsten den Kopf zwischen die Ohren setzen will. Es wird sich von Zeit zu Zeit der Mühe verlohnen, zu wiederholen, daß die katholische Volkspartei lediglich das ist, was ihr Name besagt, nämlich diejenige Partei, welche auch das Recht und die Interessen des kathol. Volkes im Staate zur Geltung bringen will.

Die kathol. Volkspartei ist somit vor Allem eine deutsche Partei. Denn das kathol. Volk in Baden ist ein durch und durch deutsches Volk, von derselben Abstammung, wie der deutscheste liberale Philister und wie diejenigen, welche uns um unseres Glaubens willen verfolgen. Das kathol. Volk hat auch stets hervorgeragt durch treue und feste Hingebung an das deutsche Vaterland und wird dem Vaterlande auch ferner Ehre machen — es wird sein echtes deutsches Blut insbesondere dadurch behütigen, daß es mit deutscher Innigkeit und Zähigkeit an seiner kathol. Ueberzeugung festhält und eher den Tod als die Knechtschaft ertragen wird.

Die kathol. Volkspartei ist ferner keine kirchliche Partei. Der Unterschied, welchen wir in unserer Kirche anerkennen, ist für die politische Partei ohne Erheblichkeit. Unsere Priester sind in der katholischen Volkspartei unsere Mitbürger, unsere Parteigenossen, und üben nur den Einfluß, welchen dem Einzelnen Talent und Tüchtigkeit gewährt.

Die kathol. Volkspartei erstrebt endlich mit dem kathol. Volke keine besonderen Rechte, sondern nach dem Bedürfnisse der Zeit die gleichen Rechte für alle Staatsbürger, welcher Religion dieselben auch angehören mögen.

Die kathol. Volkspartei kann daher ohne Rückhalt mit jeder Partei in Verbindung treten, welche es mit dem Interesse des ganzen Volkes redlich meint.

Die beste Entwicklung aller Kräfte des Volkes im freien Staate ist auch das Lösungswort der kathol. Volkspartei.

Das kathol. Volk versteht aber unter Freiheit in erster Linie auch Freiheit für seine Religion und seine Kirche, und die kathol. Volkspartei hat deshalb die Verpflichtung, auch das Recht freier kirchlicher Entwicklung dort, wo man dieses Recht nicht begreift, zu

nächst für das kathol. Volk, in Wahrheit aber zugleich für das ganze Volk zu lehren und zu begehren.

Eine besondere kathol. Volkspartei besteht nur gegenüber dem besondern Verzuge einiger Fanatiker, das kathol. Volk wie eine Herde von Heloten zu behandeln.

† Karlsruhe, 4. Juli. In den letzten Tagen befand sich auf der Durchreise der eidgenössische Oberst Hammer hier zu Besprechungen mit den Ministern des Auswärtigen und des Handels. — Professor Dr. Rudolf Sohm in Göttingen wurde von Sr. K. H. dem Großherzog zum ordentlichen Professor für Kirchenrecht, Völkerrecht und juristische Encyclopädie an der Universität Freiburg und der außerordentliche Professor Dr. Senti in Freiburg zum ordentlichen Professor des Kirchenrechts in der theologischen Fakultät der Universität Freiburg ernannt. — Herr Adolph Schröder, Professor am hiesigen Polytechnikum, ist zum wirklichen Mitgliede der k. k. Akademie der Künste in Wien ernannt worden. — Aus guter Quelle vernimmt ein Korrespondent der „Heidelberger Zeitung“, daß der praktische Arzt Herr Dr. Ad. Zehner in Heidelberg als Leibarzt Sr. K. H. des Großherzogs an die Stelle des Herrn Geh. Rath a. D. Dr. Schrikel ernannt wurde. — Die Sr. Regierung hat der Schweiz den Vorschlag gemacht, die Verhandlungen über einen Staatsvertrag, betreffend den Eisenbahnanschluß Kreuzlingen-Konstanz, am 28. d. in Konstanz selbst beginnen und unmittelbar daran die Verhandlungen wegen der übrigen Anschlüsse knüpfen zu lassen, und hat sich der Bundesrath mit der Wahl des Ortes einverstanden erklärt, jedoch betreffend den Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz eine Verschiebung um 8 bis 10 Tage verlangt. Die Konferenz wird nun wahrscheinlich am 8. Juli eröffnet werden.

Am 1. d. M. ist der landständische Ausschuss zur Prüfung der Staatsrechnungen hier zusammengetreten. Von der 2. Kammer sind die Abg. Hildebrandt, Lamey, Eckhard, Friederich, Kirchner und Kusel Mitglieder, von der 1. Kammer die Abg. Malisch und Dennig, sowie der Präsident derselben, Geh. Rath v. Mohl, Vorsitzender des Ausschusses. — Der königl. preussische Generalleutnant Herr v. Hartmann ist am 2. d. nach Danzig zurückgekehrt, nachdem derselbe nebst anderen Generalen und höheren Offizieren die Ehre gehabt, von Sr. K. H. dem Großherzog zur Tafel im Schlosse zu Baden gezogen zu werden.

† Karlsruhe, 3. Juli. Nachdem nun die Wahl des Oberbürgermeisters für hiesige Residenz stattgefunden hat, so können wir uns nicht enthalten, namentlich auf die dabei kundgewordenen verschiedenen Anschauungen und das einflussreiche Hervortreten des Hrn. Oberbürgermeister Malisch aufmerksam zu machen. Derselbe betheiligte sich zunächst bei einer in den vier Jahreszeiten zusammengetretenen Anzahl Bürger und ließ sich von diesen als Leiter der zu besprechenden Wahl aufstellen. Dadurch haben die nachgefolgten Be-

und Vorschläge, besonders die im Rathhaussaale einen offiziellen Charakter angenommen und die sogar mit Gegenprobe erfolgte Abstimmung war keine geheime; es dürfte deshalb wohl anzunehmen sein, daß dadurch manche der Stimmenden einem gewissen Zwang unterlegen sind. Aber auch der aufgetretene 24er-Ausschuss hätte heute noch eine gültige Legitimation zu seinem Auftreten nachzuweisen.

Unter diesem Ausschuss hat auch eine Stimme übel aufgenommen, daß mehrere Wahlberechtigte anderer Ansicht waren, und hat dieselbe mit der gewissen Quellen beliebten Bezeichnung zurückzuweisen versucht. Hiernach wird künftig jede entgegengesetzte Ansicht, wohin sie auch zielen mag, einfach als „ultramontan“ zu bezeichnen sein.

Ein Korrespondent der „Bad. Landeszeitung“ sagt daher mit Recht, der 24er-Ausschuss habe jetzt seine Aufgabe erfüllt, für die Gemeinderathswahlen sei derselbe nicht mit den geeignetsten Persönlichkeiten besetzt.

Wenn auch bei den verschiedenartigen Schwankungen zwischen Langer, Lauter, Eckhard und wieder Lauter nicht zu läugnen ist, daß eine Oetroyirung stattgefunden, so kann die Wahl bei der auf Herrn Lauter gefallenen eminenten Stimmenzahl von 1102 unter den vorgelegenen Verhältnissen dennoch eine glückliche genannt werden, und es ist dadurch auch die den Ultramontanen hingeworfene Beschuldigung, als wollten sie durch das Festhalten an Herrn Langer eine Zersplitterung erzielen, hinlänglich widerlegt.

Zum Schluss dürfte aber auch die wiederholte Befragung des Hrn. Langer mindestens taktlos zu bezeichnen sein, und gibt die am 28. v. M. bekannt gegebene Erklärung desselben, daß er, nachdem seine Bedingungen nicht als ausführbar erachtet worden, auf eine Wahl nicht eingehen könne, Anlaß zu verschiedenen Betrachtungen. Ebenso taktlos war auch die beabsichtigt gewesene, aber glücklich wieder abbestellte Vorstellung des neuen Oberbürgermeisters in einem Bierlokal.

Wie die „Bad. Landeszeitung“ gehört haben will, soll vom westlichen Stadttheil eine Verathung über die Wahl der 18 Gemeinderäthe veranlaßt werden; um nicht in denselben Fehler zu verfallen, wie bei der Oberbürgermeisterwahl, wird empfohlen, allgemeine Besprechungen zu halten und dann wie bei den früheren Wahlen verschiedene Vorschläge im „Tagblatt“ bekannt zu machen, aus welchen die für gut befundenen Personen entnommen werden können.

† Konstanz, 1. Juli. Daß die „Konstanzer Ztg.“ die Unfehlbarkeitstheorie einen „tollhäuslerischen Wahnsinn“ nennt, ist uns nichts Neues. Wegen der übermenschlichen Thätigkeit ihres strebsamen Druckers muß man ihr Vieles nachsehen. Wahrscheinlich treffen ihn manchmal die Worte seiner eigenen Zeitung: „Ohne phosphorhaltiges Gehirn kein Verstand, Gemüth, Wille, keine geistige Thätigkeit.“ — Den Regierungen wird der Krieg erklärt, wenn sie nicht sofort die Paragraphen

Verchiedenes.

München, 1. Juli. Das „Vaterland“ vom heutigen schreibt: (Dresden.) Zwei Oberleutnants des 2. Regiments, P. und R.-M., sind in Folge der Knopfreform von Sr. Gnaden Hrn. General Drif wegen ordnungswidrigen Tragens von zu kleinen Aermelknöpfen zu 14 Tagen Arrest verdonnert worden.

— Ein Rekrut trug eine Kappe, die nicht bei dem durch Dr. Dr. vorgeschriebenen Sädel in der Bayerstraße reglementmäßig erworben worden; dafür wurde der Korporal, weil „er das duldet“, den gestrigen Tag über eingesperrt, um über dieses himmelschreiende Verbrechen nachzudenken. — Morgen um die neunte Stunde hat das erste Bataillon zur allgemeinen Bataillons-, Knopf-, Kappen- und Kravattinspektion auszurücken, deren erfreuliche „Ergebnisse“ für den Profosen wir hoffentlich mittheilen können.

— Aus Freiberg in Sachsen meldet man schon wieder die Selbstentlebung eines Soldaten von den Jägern Namens Geißler. Die „Konst. Ztg.“ bezeichnet als die Ursache: „Bei der Abends vorher stattgefundenen Gewehrbüchsen (die Kompagnie hatte zuvor nach der Scheibe geschossen) war Geißler in nicht vollständig gepupstem Anzuge erschienen und wurde deshalb von dem ihn visitirenden Gefreiten v. Carlowitz auf den Kopf geschlagen. Geißler hat sich dies zu Herzen genommen und geäußert, daß er sich erschießen werde; früh Morgens führte er diesen Entschluß aus.“ Man bezeichnete jüngst das Uebel der Selbstmorde in der sächsischen Armee als „eine furchtbare epidemische Krankheit“, eingetrisen seitdem das preussische

System besteht. Auch in dem „herrlichen Kriegsheere“ Preussens sind die Selbstmorde häufig. Voriges Jahr haben sich nicht weniger als 148 Mitglieder desselben umgebracht. Im laufenden Jahr zählt man von den ersten drei Monaten bereits 50 Fälle.

— Am 30. Juni Nachts ist das ganze Dorf Rambaeh hinter Schopshelm bis auf wenige Häuser abgebrannt. Die Einwohner haben alle ihre Habe verloren. Vieh, Hausrath, Futte. Auch Verwundungen kamen vor. Der Wald ist bis auf die Bergspitze vom Feuer zerstört.

Argau. Wie man hört, soll der Schatz von 5126 Fr., der in der Kirche zu Leuggen gefunden wurde, dem jüngst verstorbenen Siegrist gehört haben, der sein Vermögen nirgendwo sicherer plazirt glaubte, als in einer Nische der Kirche.

— Die Auffindung des Wracks des norwegischen Schiffes „Swaten“, welches am 19. Oktober v. J. im atlantischen Ocean von seiner Mannschaft als gefährlich verlassen wurde, an der englischen Küste verursachte unter dem bei der Schifffahrt interessirten Publikum viel Aufsehen. Das Erscheinen des Schiffes nach einer neunmonatlichen führerlosen Reise an der englischen Küste ist nicht allein darum merkwürdig, daß es sich noch in tauglichem Zustande befindet, sondern auch ganz besonders um des Lichtes willen, welches das Ereigniß nach genauerer Erforschung auf die Strömungen des atlantischen Ozeans werfen wird. Die unversehrte Ladung des Schiffes besteht in canadischem Bauholz.

— Die Stadt Lukow, im polnischen Gouvernement Siebulec, ist am 4. (16.) Juni von einer in der jüdischen Synagoge entstandenen Feuersbrunst heimgejucht worden. 150 Privatge-

bäude, der ganze Markt, das Rathhaus und die Apotheke sind niedergebrannt. Von Fahrhabe ist so gut wie nichts gerettet.

(Nach zweiundzwanzig Jahren amnestirt.) Leopold Jansa, Violinspieler der Wiener Hofkapelle, der wegen Mitwirkung bei einem im Jahre 1848 zu Gunsten der Ungarn in London veranstalteten Konzerte aus Oesterreich exilirt und seiner Stellung in der Hofkapelle verlustig wurde, ist kürzlich rehabilitirt und in den Genuß einer Pension von 1000 fl. eingesezt worden. Nach so langer Verbannung kehrt der 78jährige Greis nach Wien zurück.

(Steinregen.) In Racine, Wisc., hatte man am 30. Mai das seltsame Phänomen eines Steinregens. Eine Unmasse kleiner Kieselsteine fiel mit großer Gewalt aus den Lüften zur Erde nieder. Als der Himmel sich wieder aufgeklärt hatte, fand man den Boden am Seeufer weit und breit mit diesen Steinen bedeckt.

(Wo kommt das Geld hin?) Man schätzt die Summe, welche von Europa aus in amerikanischen Anlehen angelegt ist, auf nicht weniger als 838,400,000 Dollars.

(Auch die Schneider besitzen Logik.) und was für eine? Man unterhielt sich in maßgebenden Kreisen in Paris über gute und schlechte Kunden. „Ich“, sagte ein Maitre zu einem Fachgenossen, „ich mahne niemals einen feinen Mann.“ — „Wie aber, wenn er nicht bezahlt?“ — „Wenn er nicht innerhalb einer gewissen Zeit bezahlt, ist er kein feiner Mann, und dann mahne ich ihn.“

wegen Religionspöttelei aufheben. Unter Dispens für den „Pfälzer Boten“ und „Bad. Beobachter“ fordert der übermenschliche Drucker seinen Kollegen auf, mit religiösen Dingen es zu halten wie bis jetzt, „die Dogmen abzuschleifen“. Wir wollen die Schmachbeispiele der Gotteslästerung, für welche „ungerechte“ Strafen diktiert wurden, nicht anführen. Wir erinnern nur unsererseits daran, wie ein kath. Bürger wegen des Wortes „Reker“ bestraft wurde. Die Zahl der Wochen wollen wir nicht angeben. — Warum hat dein phosphorloses Gehirn ein so schwaches Vergleichungsvermögen, alte Freundin?

† Berlin, 2. Juli. Der „Staatsanzeiger“ publiziert das Gesetz vom 11. Juni, betreffend die Abänderung des Haushaltsplans des norddeutschen Bundes für das Jahr 1870. Laut Kabinettsordre des Bundespräsidenten wird der oberste Bundesgerichtshof für Handelsachen am 5. August in's Leben treten.

Hamburg, 1. Juli. Gestern hat wieder ein Konflikt zwischen den feiernden Arbeitern und der Polizei stattgefunden, wobei mehrere Verwundungen vorkamen. Abends herrschte Ruhe. Gegen 2000 Bürger haben der Regierung ihre Unterstützung als Specialkonstabler angeboten. (L. D.)

Köln, 29. Juni. Die „Köln. V.-Ztg.“ bemerkt: Der hiesige Korrespondent der „Augsb. Allg. Ztg.“ kann sich noch immer nicht beruhigen. In der letzten Nummer seines Blattes schreibt er:

„Die „Köln. Volks-Ztg.“ hält in ihrer Nummer vom 24. d. M. ihre früheren Angaben, daß nur die Herren Reichensperger, Mallindrodt und Windthorst das erwähnte Schreiben gegen die Dogmatikation der Unfehlbarkeit unterzeichnet hätten, vollständig aufrecht und fürchtet nicht von kompetenter Seite demontiert zu werden. Darauf bemerken wir, daß wir es mit unsern Angaben in Nr. 174 vom 23. d. gerade so machen, und daß wir nur dringend wünschen: die Herren Unterzeichner möchten sich jetzt selbst veranlassen, die Sache völlig aufzuklären. Für jetzt bleibt jedenfalls noch manche Frage unbeantwortet, auf die eine Antwort sehr wünschenswerth wäre. Wie kamen z. B. die paar Herren Abgeordneten dazu, für sich allein ein derartiges Schreiben zu erlassen, und weshalb zogen sie nicht ihre katholischen Kollegen hinzu? Es fehlte hierzulande ja nur eine „Unità“ oder ein „Univert“, um nach einer einfachen Subtraktionsmethode die übrigen kath. Abgeordneten zu Infallibilität zu stampeln. Gaben die betr. Herren wirklich, obwohl ihr erstes Schreiben noch keiner Antwort gewürdigt worden war, dennoch in derselben Angelegenheit ein zweites nach Rom abgehen lassen? Und, für den Fall, was trieb sie denn dazu, sich noch einmal einer derartigen Behandlung auszusetzen, und was kann sie möglicherweise abhalten, wenigstens das erste Schreiben nunmehr zu veröffentlichen? Am Ende könnte auch die „Kölnische Volks-Ztg.“ uns über den einen oder andern Punkt belehren, und wir würden ihr sehr dankbar sein, wenn sie es thun wollte.“

Der nach Obigem andauernde Zweifel des Hrn. Korrespondenten des Augsburger Blattes, ob nicht das mehrerwähnte Schreiben des Hrn. Peter Reichensperger, Mallindrodt und Windthorst schließlich denn „u. a.“ auch von dem Hrn. Fürsten Radziwill mit unterzeichnet worden sei, wird hoffentlich durch nachstehende Zuschrift, welche heute der „Köln. V.-Ztg.“ mit dem Ersuchen um Abdruck zugegangen ist — gehoben werden. Die Zuschrift lautet:

„Im Auftrage meines zu Godesberg weilenden Vaters, Fürsten Boguslaw Radziwill, erkläre ich, daß derselbe bei dem kürzlich in diesem Blatte (nach der Augsb. „Allg. Ztg.“) erwähnten Schreiben der Hrn. Reichensperger, Mallindrodt und Windthorst in keinerlei Weise betheilig ist. — Berlin, den 28. Juni 1870. — Edmund Prinz Radziwill, Kaplan.“

Hinsichtlich der übrigen Fragezeichen bedauern wir, uns die Dankbarkeit der Augsb. „Allg. Ztg.“ nicht verdienen zu können, und wird es wohl mit unsern beifälligen Bemerkungen in der Nummer vom 24. d. M. sein Bewenden haben müssen.

Außer Vorstehendem enthält die „A. A. Z.“ nebst der Erklärung des Prinzen Radziwill noch Folgendes, womit dieser „Zwischenfall“ erledigt sein dürfte:

„Die Korrespondenz d. d. Köln, 20. d., in Nr. 174 des Hauptblattes vom 23. d. nennt neben den Namen Reichensperger, Windthorst und Mallindrodt ganz irrigerweise auch noch die der Hrn. Fürst Radziwill und Graf Bocholz. Wenn der Hr. Korrespondent die thatsächlich richtige Mitteilung der „Köln. V.-Ztg.“ vom 18. d. außerdem mit der „Behauptung“ begleitet: daß wir „in Wirklichkeit durchaus nicht lediglich auf dem Opportunitätsstandpunkte stehen“, so glaube ich, solchem Commentar meinerseits mit der offenen Bemerkung begegnen zu müssen, daß die Lösung der theol. Frage viel tiefer greift, als mein bescheidenes theologisches und kirchengeschichtliches Wissen reicht, daß ich aber von meinem kath. Standpunkt aus stets bereit war und bin, alle dogmatischen Ansprüche des ökumenischen Concils als Ansprüche des unfehlbaren Lehramts gläubig anzuerkennen und zu ehren. Mittenheim, den 27. Juni 1870. H. v. Mallindrodt, Mitglied des nordd. Reichstags und des preuß. Landtags.“

Die Redaktion der „A. A. Z.“ bemerkt zum Schluß: „Angesichts dieser beiden Zuschriften können wir nur bedauern, daß wir durch die mit so herausfordernder Bestimmtheit auftretenden Angaben unseres Hrn. Korrespondenten uns verleiten ließen, eine Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, deren rein privater Charakter sich der Öffentlichkeit entzieht, und der man in den näher davon berührten Kreisen eine kirchlich-politische Frage weit beizumessen scheint, die ihr offenbar nicht zukommt. D. R. d. „Allg. Ztg.“

Vom Niederrhein, Ende Juni. Die 3. Generalversammlung der kath. Vereine Rheinlands und Westphalens in Essen, 29. und 30. Juni, war in jeder Beziehung imposant. (Wir kommen darauf zurück.)

△ München, 2. Juli. Wir sind nun nahe bei der Kammerdebatte über das Militärbudget. Der Finanzausschuß hat alle Anträge Kolb's, wenigstens Unwesentliches abgerechnet, zumeist einstimmig angenommen. Es steht nun dem zunächst gegenüber, daß der Kriegsminister sofort in der ersten Ausschüßung die Erklärung abgab, daß er das gegenwärtige System nicht verlassen und sich zu dem vom Referenten angestrebten Militärsystem nicht wenden könne, weil er hierin nur Gefahr für Bayern sehe. An dem zweijährigen Präsenzstande der Infanterie als dem äußersten Minimum, welches zur Ausbildung absolut nothwendig sei, müsse er festhalten, man könne vielleicht in kürzerer Zeit einen Rekruten nothdürftig abrichten, aber nicht zum Soldaten machen. Der Abgeordnete Krämer bedauerte das starre Festhalten des Kriegsministers an seiner Meinung, das eine Vermittlung unmöglich mache. Der Kriegsminister betonte wiederholt, daß er die Verantwortung für den guten Zustand der Armee nur mit zweijähriger Präsenzzeit behalten könne und bemerkte, daß nicht Alle zwei Jahre vollständig präsent seien, daß vielmehr zu einer vollständigen 2½-jährigen Präsenzzeit eine durchschnittliche 2½-jährige Präsenzzeit gehören würde. Gegen den Antrag auf Abkürzung der Präsenzzeit auf 8 Monate stimmte nur Graf Fugger.

In Oesterreich wird, nach Berichten von Männern, die daselbst gedient haben, bei der Kavallerie durchgehends jeder noch so ungeübte Rekrut in sechs Monaten vollkommen abgerichtet, einrangirt, wonach sodann der Mann in weiteren zwei Monaten die Garnisons- und andere Dienste vollkommen los hat. Bei der Infanterie wird per Division (zwei Compagnien) eine Rekrutenabtheilung zusammengestellt, welche nach 8—10 Wochen vollkommen abexercirt und ausgebildet gleichfalls eingetheilt wird, nach welcher Zeit jeder einzelne Mann zu jedem immer Namen habenden Dienste vollkommen tauglich ist. Gibt man nun bei der Kavallerie zu der Abrihtungszeit von 6 Monaten weitere 6 Monate zur praktischen Uebung bei größeren Exercitien, und bei der Infanterie zu den 10 Wochen noch 22 Wochen (was überflüssig ist) hinzu, so genügt bei der Kavallerie eine Präsenz von einem Jahre, und bei der Infanterie und den Jägern eine solche von 8 Monaten, wie Kolb beantragt, vollständig. Wenn in Oesterreich Kavallerie und Infanterie in dieser Zeit zu jedem Friedens- und Kriegsdienste tüchtig ausgebildet werden, warum sollte dies nicht auch in Bayern möglich gemacht werden?

Noch kennt sich kein Mensch aus, — schreibt die „Südd. Post“ — wie sich die Fortschrittspartei in der Kammer zu Kolb's Vorschlägen verhalten wird, da die Zustimmung Krämer's im Ausschusse vereinigt daselbst, während alle nationalliberalen Organe ein unaufhörliches Wuthgeheul gegen Kolb ausstoßen und Alles aufbieten, die Annahme seiner Anträge zu verhindern. Mitten in dieser Ungewißheit läßt endlich das offizielle Organ der Fortschrittspartei seine Stimme vernehmen, um ebenso wenig Gewißheit zu bieten. Auf der einen Seite erklärt es mit nationalliberaler Komit, daß der Club der Fortschrittspartei sich über seine Stellung zu den fraglichen Reformvorschlägen noch nicht schlüssig gemacht habe, weil die Auswahlanträge noch nicht gedruckt seien, auf der andern Seite aber, daß die Partei an den entscheidenden Gesichtspunkten festhalten wird, die beim außerordentlichen Etat festgesetzt wurden. Da man sich nun erinnert, daß diese Gesichtspunkte zweierlei Art waren, nämlich, daß die Partei zuerst ebenso wie jetzt schmähete und gegen Kolb stimmten wollte, daß sie aber bei der Entscheidung wie ein Mann sich für des Referenten Anträge erhob, so ist man versucht anzunehmen, daß die Partei diesen doppelten Gesichtspunkt auch jetzt einhalten und brobachten wird. Hinsichtlich dieser nationalliberalen Partei steht eben nur so viel fest, daß sie unberechenbar ist und daß man aus ihr fest, daß sie nimmer klug werden kann. Uebrigens ist es für die Sache selbst auch ganz gleichgültig, wie sich die fortschrittliche Minorität dazu verhält, wenn nur die patriotische Majorität fest bleibt, denn bei der Budgetbewilligung ist keine Zweidrittelmajorität erforderlich. Für die Partei der Fortschreiter selbst wird es allerdings nicht gleichgültig sein und darum wird sich schließlich die Minorität auch nur von Parteirücksichten leiten lassen.

Wien, 1. Juli. (Mhr. Ztg.) Es wird mir bestimmt bestätigt, daß der Sohn des Bizetdnigs von Egypten plötzlich zurückberufen ist — er wird in Vindisi eine ägyptische Fregatte besteigen — weil sich die Umstände plötzlich so gestaltet haben, daß die Anwesenheit des Bizetdnigs in Konstantinopel unerläßlich erscheint. Sie ist, wie ich höre, vom Sultan preceptorisch gefordert. (Man sp icht von drohenden Verwickelungen in, resp. mit Rumänien. Am Pruth stehen 60,000 Mann Russen, andererseits hat die Pforte bei Schumla ein starkes Observationskorps stehen. Der ägyptische Minister Rubar Pascha ist in Paris eingetroffen.)

Wien, 2. Juli. Unter den in Oberösterreich Gewählten befindet sich Graf Brandis, Präsident des kath. Volksvereins, ferner Hr. Legationsrath Weiß von Starckenfels. In Steiermark wurde ein anderer hervorragender Führer der kath. Partei, Dr. Maassen, gewählt. Es zeigt sich schon jetzt, daß die Physiognomie der Landtage und des Reichsrathes eine sehr wesentlich geänderte sein, und daß der weitere Gang der Dinge hievon beeinflusst werden wird. Die Schablone, aus der die Geschichte Oesterreichs unter dem Vorherrschenden des gemeinen Liberalismus fielen, ist jedenfalls zerrissen; man wird mit dem neuen Faktor, den die kath. Bewegung in die Vertretungskörper liefert, rechnen müssen. Die Partei des Bürgerministeriums fiel, wie bekannt, in „Alte“ und „Junge“ auseinander. Man ist bereits so weit, daß Leben und Thaten des dahingewundenen Ministeriums und des Reichsrathes, selbst im Kreise der Deutsch-Liberalen, wenig Vertheidiger mehr finden. Sogar entschiedene Parteigänger des Ministeriums Hasner-Herbst-Giskra können ihren Tadel nicht ganz zurückhalten. Die alten Führer und Größen sinken in immer tieferen Mißkredit. Insbesondere Erzellenz Giskra, „vierfacher Verwaltungsrath“, wird von den verschiedensten Seiten arg mitgenommen.

Warrens erzählt in seiner Wochenschrift eine kleine Geschichte aus dem Eisenbahndepartement des Bürgerministeriums, welche den nicht genannten, aber leicht zu errathenden k. k. Geh.-R. Dr. Giskra schwer kompromittirt. Das Handelsministerium ließ in Folge verschiedener Anzeigen den Zustand einer Eisenbahn (es ist die Lemberg-Czernowitzer gemeint) untersuchen. Die Untersuchungskommission beantragte strenge Maßregeln. Der Minister des Innern aber bewog den Handelsminister, diese Angelegenheit ad acta zu legen. Polnische Blätter haben wiederholt behauptet, daß Dr. Giskra, welcher nach der Niederlegung seines Ministerportefeuilles wieder Mitglied des Verwaltungsrathes der Lemberg-Czernowitzer Bahn wurde, wegen seiner Verdienste um diese Bahn und ihre Fortsetzung nach Rumänien mit 170,000 fl. belohnt worden sei. Ein Dementi ist bis jetzt nicht erfolgt.

Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht zwei kaiserl. Handschriften, durch welche der Minister für Landesverteidigung, Baron Widmann, auf sein Ansuchen seines Postens enthoben, und der Ministerpräsident, Graf Potocki, mit der einstweiligen Leitung des Ministeriums für Landesverteidigung betraut wird.

Am nächsten Montag beginnt die öffentliche Verhandlung des Prozesses gegen die verhafteten Arbeiterführer.

Der Kaiser spendete für die Abgebrannten in Bera 20,000 Fr. Der Erzherzog Albrecht überbringt dem Zar Alexander ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Franz Joseph. In den Landbezirken des Herzogthums Salzburg hat die kath. Partei unter 8 Abgeordneten 7 für sich errungen. Bei den ständischen Wahlen im Salzburger Land fiel derselben dagegen der Sieg nicht zu. Als Vertreter des Kaisers bei der Großgrundbesitzerwahl in Mähren wurde Graf Rudolf Wrbna, k. k. Oberjägermeister liberal schillernd, ernannt. Fürst Hohenlohe für die gleiche Wahl in Niederösterreich. Für die übrigen Mitglieder des kaiserlichen Hauses ist Graf Kuffstein mit der Stimmgebung beauftragt worden. Reichskanzler Graf v. Beust wird in Brody zum galizischen Landtag gewählt werden.

Bei den Wahlen in Krain sind zwei ostgenannte Mitglieder des früheren Abgeordnetenhauses, Dr. Zoman und Hofrath Klun, nicht wieder gewählt worden.

Wien, 2. Juli. Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht ein Telegramm aus Warschau vom heutigen Tage, wonach der Erzherzog Albrecht an der österreichisch-russischen Grenze von dem russischen General-Adjutanten Knorring, sowie vielen russischen Offizieren empfangen wurde. Das Telegramm besagt ferner: der Erzherzog traf um 10 Uhr in Warschau ein und wurde vom Kaiser in österreichischer Generalsuniform an dem Bahnhof, auf welchem eine Compagnie Soldaten aufgestellt war, erwartet. Der Kaiser empfing den Erzherzog, der russische Feldmarschallsuniform trug, unter den Klängen der österreichischen Nationalhymne auf's Herzlichste und geleitete denselben an dessen Absteigequartier, dem Schlosse Lazienki. Vor demselben war eine Schwadron des Uhlanenregiments, dessen Chef der Erzherzog ist, aufgestellt. Der Kaiser von Rußland bezeugte dem österreichischen Botschafter Grafen Hotel seine Freude über die Ankunft des Erzherzogs.

Wien, 3. Juli. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer ein Telegramm aus Warschau vom 2. d., wonach der Kaiser von Rußland dem Erzherzog Albrecht das Großkreuz des militärischen St. Georgs-Ordens verliehen hat. — Dasselbe Blatt enthält ein kaiserliches Handschreiben, welches die Leiter des Finanz- und Ackerbauministeriums Holzgethan und Petrino definitiv zum Finanz-, resp. Ackerbauminister ernannt; ferner wird der Hofrath Stremaier zum Unterrichtsminister ernannt.

Ausland.

Paris, 2. Juli. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers hielt Estancelin, der Jugendfreund der Orleans'schen Prinzen, eine ergreifende Rede. Olivier betonte die sociale Gerechtigkeit gegen die Präbendierten, deren Thronerbe sich zuerst unterschrieben habe. Redner will die Rückverweigerung der Petition wegen des innern Friedens. Jules Favre spricht dagegen. Arago und Grevy sprechen für Enthaltung. Beim Verfall des Kaiserthums werde doch das Königthum keine Aussichten haben. Die Linke spaltet sich bei der Abstimmung. 174 Stimmen sind für Tagesordnung, 31 dagegen. Zahlreiche Mitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Paris, 2. Juli. Das Kontingenzgesetz wurde von dem gesetzgebenden Körper in seiner gestrigen Sitzung mit 203 gegen 31 Stimmen angenommen. Kriegsminister Leboucq hat ohne Zweifel gestern die Abrüstungsfrage gestellt, indem er sagte: „Wir haben die Armee um 10,000 Mann reduziert; es war dies eine Einladung zur Abrüstung, aber das Beispiel fand keine Nachfolge, die auswärtigen Kontingente wurden nicht vermindert. Im Gegentheil: Preußen hat, wie im letzten Jahre, 95,000 Mann der Armee einverleibt. Als ich der Reduktion um 10,000 Mann beistimmte, wollte ich friedliebend sein, wie das Ministerium. Wir werden uns also auf das Kontingent von 90,000 und auf das Militärgesetz von 1868 beschränken.“ Damit ist das Oidium des bewaffneten Friedens und der erdrückenden Militärlasten auf Preußen gewälzt. Der Ton ist hier offenbar nach der jüngsten Auslassung Grammonts um eine Terz höher gestimmt. Die Nachricht, Olivier habe mit Kammerauflösung gedroht, wenn der gesetzgebende Körper sich für die Petition der orleanistischen Prinzen erklären sollte, wird für falsch erklärt. Dagegen soll sich Olivier zu seiner in der „A. Z.“ veröffentlichten Depesche an den Marquis von Banneville bekennen. — Prevost Paradol hat sich in Havre nach Amerika eingeschifft. — Im „Siedle“ wird das Erscheinen eines neuen katholisch-republikanischen Blattes, das den Titel: „Republique Européenne“, führen soll, angekündigt. — Die Sterblichkeit dahier ist noch immer groß. Gegen 1144 Todesfälle der vorigen Woche sind für die jüngst verflossene Woche 1149 zu verzeichnen. Unter den mit Tod abgelaufenen Krankheiten nehmen noch immer die Blattern mit 238 Opfern die erste Stelle ein. — Der Zubrang zur Sitzung des gesetzgebenden Körpers ist heute ein ganz außerordentlicher. Die Debatte über die Petition der orleanistischen Prinzen kann vor 4 Uhr nicht beginnen.

Brüssel, 2. Juli. Dem „Journal de Bruxelles“ zufolge ist das neue Ministerium nun wie folgt definitiv konstituiert: Aethan Präsidentschaft und Auzeres, Kervin Inneres, Cornepe Justiz, Fock Finanzen, Jacobs Arbeiten, Guillaume Krieg.

Osag, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Generalstaaten erklärte der Justizminister anlässlich der Debatte über das Naturalisationsgesetz: da England seine Gesetzgebung geändert, so wolle er künftighin auch Engländer, welche es begehren, zur Naturalisation vorschlagen.

Kopenhagen, 1. Juli. Der Reichstag wurde heute Nachmittag durch Verlesung einer königl. Botschaft geschlossen.

Florenz, 2. Juli. Die „Economista“ meldet die Unterzeichnung der Konvention zwischen Italien, Vaben und Württemberg zum gegenseitigen Schutze der Autorenrechte. — Die Abreise des Khevide nach Konstantinopel soll den Zweck haben, einer Krise vorzubeugen, welche in Folge der ägyptischen Rüstungen unvermeidlich geworden wäre.

Madrid, 30. Juni. Der „Imparcial“ schreibt dem Herzog von Montpensier die Absicht zu, als Kandidat für die Cortes aufzutreten. — Kürzlich waren eine Anzahl Petitionen von der Partei Montpensiers in den Cortes zu Gunsten seiner Thronkandidatur übergeben worden, bezüglich deren enthüllt wurde, daß man sie vielfach mit fingierten Namensunterschriften bedeckt hatte. Die Farce ging mit Gelächter aus.

Die carlistischen Blätter verkünden mit vieler Empyse die Geburt eines Königs, Sohnes von Don Carlos.

Das „Mémorial diplomatique“ schreibt dem General Prim in der span. Thronfrage ein neues Projekt zu. Marshall Prim hege immer noch die Hoffnung, es werde ihm gelingen, den König Dom Luiz zu bestimmen, auf den portugiesischen Thron zu verzichten, und dafür den spanischen zu besteigen. Durch den Einfluß der Königin Pia suche man folgende Kombination zu verwirklichen: Der König Dom Luiz würde sich die spanische Krone auf's Haupt setzen und auf die portugiesische zu Gunsten seines im siebenten Lebensjahre stehenden Sohnes Carlos verzichten. Während der Minderjährigkeit des Letzteren würde der König Dom Fernando die Regentschaft führen. Um jeden Widerstand von Seiten der portugiesischen Nation aus dem Wege zu räumen, würde man auf das Projekt der iberischen Union verzichten, und an dessen Stelle eine

Föderation vorschlagen, in welcher beiden Ländern ihre Autonomie gewahrt bliebe.

Rußland und Polen. Die „Ostsee-Ztg.“ schreibt: Durch einen unlängst veröffentlichten kaiserlichen Ukas wird den zu dem sogenannten polnischen Kleinadel gehörigen Personen und Familien, denen wegen mangelnder Legitimation die Adelsrechte entzogen sind, falls sie nach den russischen Gouvernements auswandern, gestattet, sich dort als Mitglieder sowohl städtischer wie ländlicher Gemeinden aufnehmen zu lassen. Der polnische Kleinadel, der überaus patriotisch gesinnt ist und zu allen polnischen Aufständen das stärkste Kontingent gestellt hat, ist am zahlreichsten vertreten in Litthauen und den russischen Gouvernements, und da er von jeher den Gutsbesitzern gegenüber eine unabhängige Stellung eingenommen hat, so hat er bei der gützlich-bäuerlichen Auseinandersetzung kein Eigenthum erhalten und befindet sich daher in den ärmlichsten Verhältnissen. Seine Lage ist um so drückender und hoffnungsloser, als ihm wegen seiner polnisch-patriotischen Gesinnung auch das Recht entzogen ist, ländlichen oder städtischen Grundbesitz zu erwerben und die daran geknüpften Gemeinderechte auszuüben. Die russische Regierung hat ihn absichtlich aller seiner früheren Rechte beraubt und ihm alle Erwerbsquellen in seiner Heimath entzogen, um ihn dadurch zur Auswanderung nach Rußland zu zwingen und auf diese Weise das höchst gefährliche soziale Element für den Staat möglichst unschädlich zu machen. Um diesen Zweck um so sicherer zu erreichen, wird denjenigen Mitgliedern des Kleinadels, welche sich zur Auswanderung entschließen, nicht bloß eine Geldunterstützung gewährt, sondern auch in der neuen Heimath unentgeltlich Grundbesitz und das Recht zur Ausübung aller Gemeinderechte verliehen. Das letztere Recht ist den Auswanderern durch oben erwähnten Ukas verbürgt. Bis jetzt sind etwa 4000 Familien den zwingenden Lockungen zur Auswanderung gefolgt und haben sich in der Krain eine neue Heimath gegründet. Die russische Regierung geht schon seit länger Zeit mit dem Plane um, in St. Petersburg einen katholischen Metropolitansitz zu gründen, dem die litthauischen, russischen und später auch die polnischen Bischöfe als Suffraganbischöfe untergeordnet werden sollen. Der gegenwärtige Erzbischof von Mohilew, Staniewski, der zugleich Präsident des römisch-katholischen Kollegiums ist, residirt schon seit mehreren Jahren in St. Petersburg, und da derselbe mit der beabsichtigten Verlegung seines Bischofssitzes nach der russischen Hauptstadt sich einverstanden erklärt, so sollen jetzt in letzterer für ihn ein prächtiges Palais und eine großartige Kathedrale erbaut werden. Der Bauplan der Kathedrale hat bereits die kais. Bestätigung erhalten; der Bauplatz ist von der Regierung in einem schönen Stadttheil unentgeltlich angewiesen, und die Bauarbeiten sollen noch in diesem Monat in Angriff genommen werden. Der altersschwache Bischof Staniewski steht ganz unter der Leitung des der russischen Regierung treu ergebenen und einflussreichen Geistlichen Stocewicz und leidet der Regierung zur Ausführung ihrer Pläne in Bezug auf die katholische Kirche bereitwillig seine Mitwirkung.

Rastatt, 2. Juli. Hier wurde heute der seitherige Bürgermeister Herr Sallinger mit großer Mehrheit wiedergewählt. Eine nicht unansehnliche Minderheit gab ihre Stimmen dem Herrn Schiffwirth und gewissen Abgeordneten De Han. Abends wurde dem Wiedergewählten ein Fackelzug mit Musik gebracht. Herr Sallinger dankte vom Fenster seiner Wohnung aus. Nach Darbringung dieser Ovation begab man sich zu einem Banket nach dem neuen Franz'schen Bierkeller. Eine besonders hervortretende Partei-Agitation hat hier nicht stattgefunden.

Waden, 3. Juli. Bei unserer Bürgermeisterwahl am 5. d. M. wird voraussichtlich Hr. Aug. Gaus wieder mit großer Majorität aus der Wahlurne hervorgehen.

Ottenshöfen, 2. Juli. Hier hat die kath. Volkspartei über die Nationalliberalen gefiegt. Bäckermeister Bernhard Bärk wurde mit 128 Stimmen zum Bürgermeister erwählt. Der seitherige Bürgermeister Franz Kaver Könniger erhielt 111 Stimmen und Bauer Fidel Blust 1 Stimme. Wer die hiesigen Verhältnisse und die Mittel kennt, welche die Gegner anwandten, weiß, was dieser Sieg zu bedeuten hat.

Bom See, 30. Juni. Der gestrige Feiertag Peter und Paul wurde am ganzen obern See allenthalben festlich begangen. Nirgend wurde gearbeitet — nur auf dem Schlosse Kirchberg, dem Sommeritz des Prinzen Wilhelm, waren Arbeiter mit Schaufel und Spaten Morgens und Nachmittags beschäftigt, um die Anlagen herzustellen für die demnächstige Ankunft der hohen Herrschaft.

Einst, als diese Räume noch Salem'sches Kirchengut waren, ward jedenfalls gefeiert!

Karlsruhe, 1. Juli. Soeben ist der Katalog der Bibliothek der groß. Land's Gewerh. Halle erschienen. Derselbe umfaßt 257 Titel; davon sind 81 der 1. Abteilung: Zeichnungen und Photographien, und die übrigen der 2. Abteilung: Druckschriften, nebst Register gewidmet. Heute ist die

durch die Munificenz Sr. K. Hoh. des Großherzogs neugegründete permanente Ausstellung landwirthschaftl. Lehrmittel eröffnet worden. — Nächsten Dienstag findet eine letztmalige Sitzung des dormaligen großen Bürgerausschusses statt, zur Beratung und Beschlußfassung über einen Gastlieferungsvertrag mit der Stadt Mühlburg.

Bei der gestrigen Bürgermeistwahl ging eine Stimme dadurch verloren, daß von einem Wähler statt des Wahlzettels eine auf 100 fl. lautende Schuldverschreibung abgegeben wurde.

Behufs Wahlbesprechung wird im westlichen Stadttheile heute den 4. Juli ein kleiner Bürgerabend in der Epper'schen Brauerei abgehalten werden. — Wie die „A. Z.“ mittheilt, wurde am 30. Juni Nachmittags von einem Knaben die in einem Cigarrentisch verpackte Leiche eines Kindes am Sallenwäldchen gefunden. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Wannheim, 2. Juli. Das mittelhessische Musikfest wird jedenfalls in aller Weise pompös und von vielen Fremden stark besucht werden. Der Wettseifer desfalls ist ein großer. S. K. H. der Großherzog wird am Sonntag früh hier eintreffen und an beiden Festtagen anwesend sein. Auch der Prinz Ludwig von Hessen nebst Gemahlin, der Prinzessin Alice, wird dem Feste beizuwohnen.

Taubertshausheim, 29. Juni. (Taub.) In Folge eines Beschlusses des Bürgerausschusses dahier wird künftighin der Gemeinderath anstatt wie bisher aus 8, nun aus 10 Mitgliedern bestehen.

Neueste Post.

Karlsruhe, 4. Juli. Die Pariser „Agence Havas“ meldet, daß das Ministerium in Madrid beschloffen habe, dem Prinzen von Hohenzollern die spanische Krone anzubieten. Eine Deputation sei beauftragt, den Prinzen hievon zu verständigen und sei nach Deutschland abgereist.

Gengenbach, 3. Juli. Heute große Versammlung von 2000 Männern. Begeisterte Reden und lebhafteste Aufnahme. Energetische Proteste gegen die liberale Pressefreiheit. Näheres folgt.

Madrid, 1. Juli. Die Nachricht vom Erscheinen carlistischer Banden wird demontirt. Es ist nicht richtig, daß der Generalgouverneur von Kuba 8000 Mann Verstärkungen verlangt habe.

Aufruf.

Am 30. Juni ist der Filialort Mambach bei Zell i. W. beinahe gänzlich niedergebrannt, während fast alle Bewohner desselben auf den Feldern waren. Von 23 Wohnhäusern stehen nur noch 14; etwa 47 Familien sind obdachlos und haben Alles verloren, bis auf die Kleider, welche sie am Leibe tragen. Viele haben bedeutende Brandwunden davon getragen; ein Kind von 3 Jahren scheint in den Flammen den Tod gefunden zu haben. Der Jammer ist herzzerreißend, die Noth groß. Der Unterzeichnete ist, als Abgeordneter des Wahlbezirks, in welchem Mambach liegt, ersucht worden, für die unglücklichen Brandbeschädigten die öffentliche Wohlthätigkeit anzurufen. Er bittet die Redaktionen des „Bad. Beob.“ und sämtlicher übrigen badischer Blätter, welche an dem Unglück Mambachs Antheil nehmen, um Veranstaltung von Sammlungen milder Beiträge in Geld oder Naturalien.

Konstanz, den 2. Juli 1870.
R. Baumstark, Kreisgerichtsrath.
Die Expedition ist zur Empfangnahme milder Gaben bereit.

Zur Concils-Literatur.

Gegen Mitte der nächsten Woche werden die „Animadversiones in quatuor contra Romani Pontificis infallibilitatem editos libellos“ (Bemerkungen zu den vier gegen die Unfehlbarkeit des römischen Papstes herausgegebenen Broschüren) in deutscher Uebersetzung bei Karl Sartori, Buchhändler in Wien, erscheinen. Diese Schrift machte in Rom bedeutendes Aufsehen und nachhaltigen Eindruck, da sie Schritt für Schritt alle die Einwendungen, welche aus der hl. Schrift, aus der Kirchengeschichte und aus theol. Gründen gegen die Unfehlbarkeit des Papstes erhoben werden, widerlegt. Ihr Inhalt ist schon deshalb um so reicher und für Laien und Theologen interessanter, weil kein Vorwurf unbeantwortet bleibt. In sechzehn Abtheilungen behandelt sie den „Gegenstand, um den es sich handelt, die Hut der Glaubenseinheit zur Zeit der Märtyrer, die allgemeinen Concile und der hl. Synode, Lehre über das Kriterium der kath. Wahrheit zur Zeit der hl. Väter, die Päpste in den Angelegenheiten des Concils von Chalcedon, Dreikapitelstreit, Brief an Sergius, Urtheil gegen Honorius, Ansichten einiger Päpste über den Sponder des Sakramentes der Weihe, Macht der Päpste über die Könige und Reiche im Mittelalter, Verhältniß der Kirche zum Staate, der christl. Staat, der hl. Thomas von Aquin und die Schulen der religiösen Orden, das zweite Concil von Lyon, der dem hl. Stuhle gebührende Gehorsam, die Glaubensentscheidungen nach dem Bedürfnis der Zeit.“

Wir machen auf diese wichtige Schrift um so mehr aufmerksam, da in letzter Zeit durch Zeitungen und Broschüren das Urtheil der Leser in Betreff der alten Glaubensansicht und Praxis der Kirche leicht verwirrt werden könnte, namentlich mit Rücksicht auf Papst Honorius, welcher hinreichend gerechtfertigt ist. Ebenso lehrreich und ausgezeichnet wird der Glaube eines hl. Thomas und die Uebersetzung der alten theologischen Schulen dargestellt, oder das wahre Verhältniß der Kirche zum Staate. Wohl schwerlich wird ein Leser diese Schrift unbefriedigt und ohne Lösung seiner Zweifel über die Unfehlbarkeit des Papstes aus der Hand legen, vielmehr neue Gesichtspunkte über die harmonische Eintadt gewinnen, mit welcher die kath. Kirche durch alle Zeiten immer dieselbe war und ist in ihrem Glauben und Leben. Selbst die Gerechtigkeit fordert von Jedem, der die Wahrheit sucht und liebt, daß er in streitigen Punkten auch jene Schriften aufmerksam studire, welche es sich zur Aufgabe gestellt haben, die erhobenen Einwurfe zu lösen und die angeführte Glaubenslehre in ihrer Nothwendigkeit und in ihrem Einklang mit der Offenbarung und der Geschichte zu zeigen.

Für den durch Brand beschädigten Lehrer von Hausen vor Wald sind eingegangen: Von A. M., Pfr. in Kirz 2 fl.; von W., Pfr. in Mannheim 1 fl. 45 kr.; von F., Pfr. in Reustadt 2 fl.; von H. von Durlach 1 fl.; von M. in Rastatt 1 fl. 30 kr. Weitere Gaben werden bereitwillig angenommen.

